

## Millionenschaden nach Großbrand bei Celle

**Hambühren.** Nach dem Großbrand auf einem Recyclinghof bei Celle befürchtet das betroffene Unternehmen einen hohen Schaden. „Wir rechnen mit etwa einer Million Euro“, sagte der Sicherheitsbeauftragte der Entsorgungsfirma, Harrie van der Kruis, am Donnerstag. Der Betrieb sei mittlerweile aber wieder aufgenommen. „Die Löscharbeiten sind seit Mittwochabend beendet“, sagte ein Feuerwehrsprecher. Mitarbeiter des Recyclinghofs seien aufgefordert, die Brandstelle regelmäßig zu kontrollieren, um ein erneutes Auflodern der Flammen zu verhindern.

Das Feuer in Hambühren (Landkreis Celle) war am Montag in einer Lagerhalle ausgebrochen und auf eine zweite übergesprungen. Darin waren gepresstes Altplastik und Altpapier gelagert. Am Dienstag war der fast schon gelöschte Brand erneut entflammt. Wegen des dichten Rauchs waren Anwohner aufgerufen worden, Türen und Fenster geschlossen zu halten. Die betroffene Lagerhalle wurde durch den Brand zerstört. Die zweite, angrenzende Halle ist nach Angaben der Polizei einsturzgefährdet. *dpa*

## Zwei Attacken auf Geldautomaten in einer Nacht

**Osnabrück.** Fast zeitgleich haben es noch unbekannte Täter in Osnabrück und dem Kreis Nienburg am Donnerstag auf Geldautomaten abgesehen. Beim Versuch blieb es am frühen Morgen bei Nienburg. Allerdings verursachten die Täter dabei ein Feuer in einer Bank in Penningsahl. Als die mehr als 70 Feuerwehrleute eintrafen, schlugen nach Polizeiangaben bereits Flammen aus dem Dach. Die Täter hatten demnach vermutlich ein Gasgemisch in den Automaten gefüllt und angezündet. Zunächst hätten Einrichtungsgegenstände im Vorraum der Bank gebrannt, später dann die Zimmerdecke und Teile des Daches. Trotz einer Fahndung mit zwölf Polizeiwagen und einem Hubschrauber seien die Täter entkommen, allerdings ohne Beute. Der Schaden liege im sechsstelligen Bereich.

Ungefähr zur selben Zeit schlugen Geldautomatenknacker in Osnabrück zu. Sie erbeuteten eine unbekannte Summe Bargeld und flüchteten in einem dunklen Fahrzeug stadtauswärts. Eine sofort eingeleitete Fahndung blieb auch hier erfolglos. *dpa*

## Wohnungsbrand – Polizei prüft, ob Kind mit Feuer spielte

**Königsutter.** Bei der Aufklärung der Ursache eines Wohnungsbrandes in der Innenstadt von Königsutter (wir berichteten) wird die Polizei auch der Frage nachgehen, ob eines der vier Kinder, die bei dem Feuer am Mittwochabend leicht verletzt worden sind, mit einem Feuerzeug gespielt haben könnte. Das teilte ein Polizeisprecher am Donnerstag mit.

Das Feuer habe die Wohnung unbewohnbar gemacht, der Sachschaden werde auf 100.000 Euro geschätzt. Die betroffene Familie hatte sich nach Ausbruch des Feuers selbst in Sicherheit gebracht. Die Kinder wurden mit Verdacht auf Rauchgasvergiftung ins Wolfsburger Klinikum gebracht. *mis*



Transparente, Trillerpfeifen und lautes Getrommel – mit Warnstreiks bauen Arbeitnehmer in Tarifverhandlungen Druck auf, so wie hier Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie im Kreis Osterode. FOTO: MARK HAERTL (ARCHIV)

# Aus Kämpfen lernen

Gewerkschaften treffen sich in Braunschweig zu einer Riesen-Konferenz.

Von Hannah Schmitz

**Braunschweig.** Für die Universitätsklinik Berliner Charité wurde im vergangenen Jahr erstmals ein Tarifvertrag unterschrieben, in dem ein Personalschlüssel festgesetzt wurde – eine Besonderheit in der Branche. „Verdi fordert seit Jahren eine gesetzliche Personalbemessung in Krankenhäusern und in der Altenpflege“, erklärt Sebastian Wertmüller, Verdi-Geschäftsführer für den Bezirk Südost-Niedersachsen. Doch wie haben Beschäftigte und Gewerkschaft ihre Forderungen dort durchsetzen können? Wie haben sie sich organisiert, welche Strategie haben sie im Tarifkonflikt verfolgt? Solchen Fragen will von Freitag bis Sonntag die Konferenz „Aus unseren Kämpfen lernen“ in Braunschweig nachgehen.

Rund 500 ehren- und hauptamtliche Gewerkschaftsmitglieder sowie Wissenschaftler aus ganz Deutschland und dem Ausland treffen sich dafür am Nordcampus der Technischen Universität. Organisiert wird die inzwischen vierte Konferenz zur gewerkschaftlichen Erneuerung von der Linkspartei-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit den Gewerkschaften IG Metall, Verdi, NGG, GEW, DGB sowie der Kooperationsstelle



Sebastian Wertmüller (Verdi; von links), Garnet Alps (IG Metall), Denise Steiner (DGB), Hartwig Erb (IG Metall) und Matthias Wilhelm (IG Metall) erwarten am Wochenende zahlreiche Gäste – auch aus dem Ausland. FOTO: P. FRANK, D-WELT.DE

Hochschulen-Gewerkschaften.

„Der Andrang auf die Konferenz war riesengroß, deswegen mussten wir erst mal einen Anmeldestopp machen“, sagt Garnet Alps, Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Braunschweig. Wer Interesse habe, könne jedoch vorbeikommen und gegebenenfalls zu einer Arbeitsgruppe dazustoßen. Die Konferenz wird am Freitagnachmittag mit Themen- und Praxisseminaren eingeleitet, am Samstag und Sonntag diskutieren die Teilnehmer in insgesamt 21 Arbeitsgruppen, zum Beispiel die Themen „Gewerkschaftliche

Antworten auf die Krise der Automobilindustrie“, „Umgang mit Rechtspopulismus in Betrieb und Gewerkschaft“ oder „Warnstreiks offensiv gestalten“.

Wichtig ist den Gewerkschaften aus unserer Region – sie tragen die Kosten der Veranstaltung nach eigenen Angaben zu rund 40 Prozent – die politische Dimension der Gewerkschaftsarbeit. „Es geht um Gesellschafts-, Sozial- und Unternehmenspolitik“, sagt Alps. Auch Denise Steinert, Gewerkschaftssekretärin des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) für die Re-

gion Südost-Niedersachsen, betont den Anspruch der Gewerkschaften, eine politische Debatte zu führen.

Hartwig Erb, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Wolfsburg, verdeutlicht: „Die Anforderungen in der Arbeitswelt verändern sich vollständig, deswegen müssen wir zum Beispiel Antworten und Lösungen für die Digitalisierung oder das mobile Arbeiten finden.“ Matthias Wilhelm, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Salzgitter, hält den organisationsübergreifenden Charakter für besonders wichtig. „Nur wenn es uns gelingt, über Grenzen der Branchen hinweg zu denken, sind wir in der Lage, deutliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen realisieren zu können“, sagt er.

Nach Angaben der Gewerkschaften hat es für die Arbeitsgruppe zum Thema Rechtspopulismus die meisten Anmeldungen gegeben. „Die Diskussion in den Betrieben um Abstiegsangst und die Verbitterung gegenüber Akteuren in der Politik nimmt zu“, sagt Alps. Wilhelm betont: „Wir möchten einer Spaltung im Betrieb vorbeugen.“ Die Gewerkschafter sind sich einig: Mit ihnen werde im Gegensatz zu Politikern noch gesprochen. „Deshalb stehen wir auch in der Verantwortung“, sagt Wilhelm.

## Grundwasser 2018 auf Rekordtief

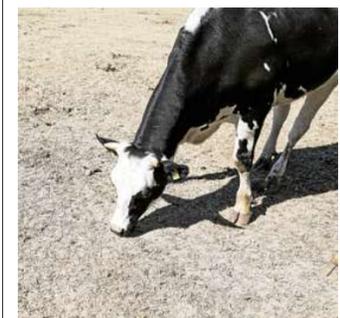
Auch die Dauer der Dürre in Niedersachsen war ungewöhnlich.

**Norden.** Das extrem trockene Jahr 2018 hat sich auch auf die Grundwasserstände in Niedersachsen negativ ausgewirkt. In einem Großteil der Messstände seien neue Tiefstände erreicht worden, teilte der Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) am Donnerstag in Norden mit.

Die bisherigen Tiefstände in den Rekord-Trockenjahren 1996-97 und 2015 wurden in mehr als einem Drittel der ausgewerteten Messstellen unterschritten. Auch die Dauer der Trockenheit bis in den November hinein und die Tatsache, dass das ganze Land von der Dürre betroffen war, unterscheiden 2018 deutlich von früheren Trockenjahren.

Am stärksten waren die Oldenburg-Ostfriesische Geest, die Ems-Hunte-Weser-Geest, die Lüneburger Geest und die Region um Osnabrück von Grundwasserabsenkungen betroffen. Die größten Absenkungen um mehr als zwei Meter gab es dem NLWKN zufolge vor allem in der Weser-Aller-Wümme-Niederung, der Stader- und Lüneburger Geest sowie dem Weser-Leinebergland.

Die Auswirkungen für 2019 können die Experten noch nicht abschätzen. Einerseits können ausreichende Niederschläge schnell wieder zu einem Ansteigen der Grundwasserstände führen. Andererseits könnte die extreme Dürre des vergangenen Jahres auch zu Schäden an der Vegetation geführt haben, was sich erst in den kommenden Monaten zeigen dürfte. *dpa*



Die Dürre 2018 trocknete Weiden aus und ließ die Grundwasserstände sinken. FOTO: JAN WOITAS / DPA (ARCHIV)

# Sondierungen, aber keine Verhandlungen

Fusion mit Helmstedt: Das Wolfsburger Rathaus korrigiert eine Erklärung von Oberbürgermeister Klaus Mohrs.

Von Hendrik Rasehorn

**Wolfsburg.** Sind Fusionsverhandlungen zwischen Wolfsburg und dem Kreis Helmstedt bereits offiziell gestartet? Diese Nachricht zumindest hatte Wolfsburgs Oberbürgermeister Klaus Mohrs am Dienstag in einem Ortsrat ausrichten lassen. Helmstedts Landrat Gerhard Radeck widersprach postwendend. Gestern musste die Pressestelle der Stadt Wolfsburg zurückrudern.

Der Rat der Stadt Wolfsburg stimmte am 19. Dezember mehrheitlich dafür, Mohrs mit Fusionsverhandlungen mit dem Kreis Helmstedt zu beauftragen. Damit verlängert sich die Amtszeit des OB bis Ende 2021. Mitte Januar verabschiedeten Mohrs und Radeck ein erstes Treffen. Dieses fand am 4. Februar in Helmstedt statt.

Mohrs horchte dabei vorsichtig, welche Chancen ein Zusammenschluss beider Kommunen hätte, schlug zumindest eine intensivere

Kooperationen bei Gewerbegebieten vor. Radeck hatte sich in der Vergangenheit dazu stets zurückhaltend geäußert. Beschlossen wurde bei diesem Sondierungsgespräch nichts, vereinbart wurde allerdings strikte Vertraulichkeit und dass weitere Treffen folgen sollten.

Dienstagabend ließ Mohrs auf Nachfrage zum Stand der Fusionsverhandlungen im Ortsrat Hattorf-Heiligendorf mitteilen: „Die offiziellen Fusionsgespräche mit dem Kreis Helmstedt haben Anfang Februar 2019 begonnen.“ Falsch, erklärte Radeck gegenüber unserer Zeitung und stellte zudem klar: Für offizielle Verhandlungen benötigt er das Mandat des Kreistages.

Zwei Monate nach der Dezember-Ratssitzung hat die Stadt Wolfsburg noch keine formelle Anfrage zu Fusionsverhandlungen an den Kreis Helmstedt gerichtet. Andreas Klaffehn, stellvertretender Vorsitzender der PUG-Fraktion im Rat der Stadt Wolfsburg, weist darauf



Die Grünen aus Wolfsburg luden Parteifreunde aus Helmstedt ein, um über die Fusion zu diskutieren. FOTO: DARIUS SIMKA / REGIOS24

hin, ohne formelle Anfrage der Stadt Wolfsburg wird der Helmstedter Kreistag bei der nächsten Sitzung am 13. März nicht über die Fusionsverhandlungen entscheiden können. Ob sich dafür eine Mehrheit findet, scheint unsicher. Klaffehn merkt an: „Eine negative Entscheidung

des Helmstedter Kreistages würde die Grundlage für die Amtsverlängerung von OB Mohrs in Frage stellen.“

Unterdessen regt sich Unmut bei den Grünen in Wolfsburg und in Helmstedt. Vertreter der Partei aus beiden Kommunen trafen sich Mittwochabend, um gemeinsam über die Fusions-Thematik zu diskutieren. Die Fraktionsgeschäftsführerin der Grünen im Wolfsburger Rat, Sandra Jördens, verriet, parteiintern habe man mit sich gerungen, Fusionsverhandlungen zuzustimmen. „Die Argumentation, warum ausgerechnet jetzt wieder Verhandlungen aufgenommen werden sollten, was mit der Amtszeitverlängerung von Herrn Mohrs zu verknüpft wurde, war fadenscheinig. Letztlich haben wir zugestimmt, um nicht als Fusionsgegner dazustehen.“

Die Grünen-Politiker waren sich einig, dass Wolfsburg mit hohen Gewerbesteuererträgen eine große Hilfe für den finanziell schwachen

Kreis Helmstedt sein könnte, der so wieder freiwillige Leistungen finanzieren könnte. Allerdings höre der Kreis nicht hinter Helmstedt auf, auch für den Südkreis sei es eine Perspektive notwendig.

Auch die interkommunale Zusammenarbeit müsse vertieft werden, waren sich die Diskutanten einig: „Nicht jede Kommune braucht ein eigenes Umweltamt, vieles kann man elektronisch regeln“, meinte Dietrich Hansmann, Fraktionschef der Grünen im Kreistag. Er forderte: Man dürfe nicht nur über Helmstedt und Wolfsburg, sondern müsse über die Zukunft der Region Braunschweig reden. Allseits wurde kritisiert, dass es keine inhaltliche Diskussion über die Fusion gebe und niemand die Öffentlichkeit bei diesem wichtigen Thema mitnehme. Der Helmstedter Politiker Bernhard Rosilius meinte: „In Hannover muss man sich einig sein, was man will. Ohne rechtlichen Rahmen geht sowieso nix.“